

Datum Eingang Staatskanzlei

16. Feb. 2010

RR RS Stka Msch
 LR ABI GS DrD

Eingabe 11.02.2010

Erledigt: -

Interpellation

Transparenz bei Einbürgerungen

Die Einbürgerung einer Person im ordentlichen Verfahren setzt voraus, dass sie dazu geeignet ist. Nach Art. 14 des eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes (BüG, Bundesgesetz über Erwerb und Veriust des Schweizer Bürgerrechts, SR 141.0) ist die Eignung insbesondere gegeben, wenn die gesuchstellende Person unter anderem in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert sowie mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist. Dazu gehört auch die Beherrschung einer Landessprache in Wort und Schrift.

Nachdem nun am 01. Januar 2009 verschiedene bundesrechtliche Änderungen bezüglich Verfahren im Kanton (Art. 15a BüG), Begründungspflicht (Art. 15b BüG), Schutz der Privatsphäre (Art. 15c BüG) und Beschwerdemöglichkeiten (Art. 50 BüG) in Kraft getreten sind, bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Gesuche um Aufnahme ins Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht wurden zwischen 1998 und 2009 (Stand November 2009) pro Jahr und Gemeinde gestellt und wie viele davon wurden durch die Gemeinde und durch den Kanton bzw. durch einen Gerichtsentscheid bewilligt?
2. Wie viele durch die einzelnen Gemeinden bewilligten Gesuche wurden zwischen 1998 und 2009 (Stand November 2009) durch den Kanton abgelehnt (ebenfalls pro Jahr und Gemeinde)?
3. Aus welchen Ländern stammen die Gesuchsteller zwischen 1998 und 2009 (Stand November 2009), aufgelistet nach Land, Anzahl und pro Jahr, und wie hoch sind die bewilligten Einbürgerungen pro Land und Jahr im gleichen Zeitraum.
4. Wie viele der zwischen 1998 und 2009 (Stand November 2009) eingebürgerten Personen wurden in den letzten 5 Jahren straffällig und wie vielen davon wurde das Schweizer Bürgerrecht gemäss den bundesrechtlichen Bestimmungen wieder entzogen?
5. Werden die Prüfungsverfahren der Einbürgerungen in den einzelnen Gemeinden vom Regierungsrat überprüft und wenn ja, wie sehen die Prüfungsergebnisse pro Gemeinde aus?
6. Setzt der Regierungsrat bei den einzelnen Gemeinden einheitliche Mindestkriterien beim Prüfungsverfahren durch?

Noser Siegfried, Oberurnen

SVP-Landrat

